„Wir verlieren eine weitere Generation“

Die FR schaut nach El Salvador: Das mittelamerikanische Land durchlebt eine Eskalation der Gewalt. Jugendbanden verbreiten Angst und Schrecken, der Präsident reagiert mit harter Hand. Ein Teufelskreis, sagt Politikwissenschaftler José Miguel Cruz, es brauche Bildung, Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten

El Salvador San Salvador

Herr Cruz, El Salvador ist den Kampf gegen die hohe Kriminalitätsrate und die gefährlichen Jugendbanden gewöhnt. In der Vergangenheit folgte dieser „Krieg gegen die Banden“ strikten Plänen, die „mano dura“ oder „súper mano dura“ („harte Hand“ bzw. „superharte Hand“) genannt wurden – der derzeitige Präsident Nayib Bukele versprach beim Amtsantritt 2019 jedoch einen Schwenk auf mehr Prävention. Doch seit knapp fünf Monaten ist alles anders und im Kampf gegen die Banden wurden Zehntausende Salvadorianer:innen verhaftet. Was ist passiert?
Nayib Bukeles Ankündigung war nur Rhetorik. In Wirklichkeit hat er von Anfang an das repressiven Vorgehen gegen die Banden fortgesetzt und verstärkt. Eine seiner wichtigsten Schritte nach seinem Amtsantritt war der „Plan zur territorialen Kontrolle“. Er setzte so viele Polizeibeamte wie möglich ein zusammen mit Militärpatrouillen im ganzen Land. Er brachte die Sicherheitskräfte zurück auf die Straße.

Früher war die Rede von „mano dura“ und „súper mano dura“– wie würden Sie Bukeles Vorgehen beschreiben?
Wir haben einige dieser Praktiken schon bei früheren Kampagnen gesehen. Aber was dieses Durchgreifen charakterisiert, ist, dass Bukele es auf eine massivere Art und Weise tut und alle möglichen Mittel einsetzt, um so viele Menschen wie möglich ins Gefängnis zu bringen. Es ist eine Art „mano dura auf Steroiden“.

Das alles geschieht, während die Weltpolitik durch den Angriff Russlands auf die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert wird. Ist das ein Faktor für El Salvador, profitiert Bukele davon, weniger unter internationaler Beobachtung zu stehen?
Was Europa anbelangt, ja, aber nicht in den USA. Für die US-Innenpolitik ist Einwanderung ein großes Thema. Und El Salvador und Mittelamerika sind in dieser Hinsicht von zentralem Interesse. Bukele bereitet den USA und der Biden-Regierung große Sorgen, weil er die Region noch mehr destabilisieren und noch mehr Menschen zur Migration bewegen könnte. Besonders in einem Wahljahr, wie wir es jetzt mit den Midterms im Herbst haben. Es nährt das Narrativ der Republikaner, wonach die Regierung mit ihrer Einwanderungspolitik versagt.

Sollte mehr internationaler Druck auf El Salvador und Nayib Bukele ausgeübt werden, nicht nur von Menschenrechtsgruppen, sondern zum Beispiel auch von den Vereinten Nationen?
Ja, dieser Druck ist notwendig. Die Vereinten Nationen schenken Europa derzeit mehr Aufmerksamkeit, doch sie sollten auch darüber beunruhigt sein, was in Mittelamerika passiert. Bukele macht sich das zunutze. Er versucht, von der wachsenden Rolle Chinas in der Region zu profitieren. Auch wenn China eher an den großen Ländern interessiert ist, die einen besseren Markt generieren, könnte Peking bis zu einem gewissen Grad mitspielen, um die USA ein wenig zu ärgern. Und Bukele könnte so den Druck von sich fernhalten.

Warum erlebt El Salvador jetzt diese Eskalation?
Nayib Bukele ist ein sehr beliebter Präsident. Aber im Frühjahr ist seine Popularität ein wenig gesunken. Gleichzeitig haben viele Journalist:innen Beweise dafür gefunden, dass er mit Banden verhandelt hat, um behaupten zu können, dass die Mordrate im Land seit seinem Antritt sinkt. Doch dann sind diese Absprachen gescheitert. Das löste Ende März eine Welle der Gewalt aus, bei der mehr als 80 Menschen getötet wurden. Er nutzte das als Rechtfertigung, um den „Krieg gegen die Gangs“ zu intensivieren.

Bukele rief den Ausnahmezustand aus und verlängerte ihn kürzlich zum fünften Mal bis Ende September. Menschenrechtsgruppen sind empört und sprechen von schweren Menschenrechtsverletzungen. Ist es eine neue Dimension?
Die letzte von den Behörden veröffentlichte Statistik besagt, dass sie in fünf Monaten rund 50 000 Menschen wegen angeblicher Bandenmitgliedschaft festgenommen haben. Das ist eine enorme Zahl in einem System, das nicht die Kapazität hat, so viele Menschen aufzunehmen.

Was bedeutet das für das kleinste und am dichtesten besiedelte Land Mittelamerikas?
Da viele Menschen missbraucht werden und unschuldig im Gefängnis sitzen, nimmt das Leid zu. Das Strafvollzugssystem ist bereits jetzt überlastet. Es könnte zusammenbrechen. Und es könnte die Voraussetzungen für ein weiteres Erstarken der Banden schaffen. Meine Forschungen haben gezeigt, dass einer der Gründe, warum Banden so stark werden konnten, darin liegt, dass sie in den Gefängnissen die Möglichkeit hatten, sich zu vernetzen und Strategien zu entwickeln. Wenn man viele Kriminelle ins Gefängnis steckt, ohne ein anderes Programm zu haben, als sie einzusperren, bietet man ihnen Raum, sich zu organisieren.

ZUR PERSON

José Miguel Cruz (56) stammt aus El Salvador und ist Politikwissenschaftler in den USA. Als Forschungsdirektor am Lateinamerikanischen und Karibischen Zentrum (LACC) an der Florida International University in Miami hat er zahlreiche Studien zu Jugendbanden in El Salvador durchgeführt und dafür mit vielen ehemaligen Mitgliedern gesprochen. jjm PRIVAT

Steht eine größere Welle der Kriminalisierung bevor?
Nach dem, was wir in der Vergangenheit gesehen haben, ja. Was wir heute sehen, ist das Ergebnis von sehr schlechten Regierungsentscheidungen, die vor 20 Jahren getroffen wurden. Eine Generation ist ohne jede Chance aufgewachsen, sie ist verloren. Die heutigen Bandenmitglieder sind 15, 18, 20 Jahre alt. Sie wurden nach „mano dura“ geboren. Wenn wir so weitermachen, sorgen wir dafür, dass wir eine weitere Generation an die Kriminalität verlieren.

Aber unter den Salvadorianer:innen gibt es eine große Sehnsucht nach mehr Sicherheit und weniger Gewalt. Glauben Sie, dass eine Mehrheit diese Politik unterstützt?
Das ist der bedauerliche Teil der Geschichte. Diese Art von Ansätzen findet viel Unterstützung. Das liegt zum großen Teil daran, dass die Banden in den letzten Jahren viel Macht gewonnen haben und für große Unsicherheit sorgen. Die Banden kontrollieren viele Viertel und Orte. Es ist eine Art Teufelskreis: „Mano dura“ hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Banden wachsen und sich ausbreiten können. Und jetzt wendet der Staat denselben Ansatz an.

Wie könnte dieses Problem präventiv angegangen werden?
Was das Land wirklich braucht, sind Investitionen in die Menschen. Doch frühere Regierungen haben nicht in Bildung, Gesundheit, Wohnraum oder Arbeitsmöglichkeiten investiert. Und die Reaktion der Menschen bestand im Wesentlichen darin, auszuwandern. Für diejenigen, die diese Möglichkeit nicht haben, sind Banden die einzige Möglichkeit zu überleben.

Warum ist das so?
Es gibt Orte, in denen Jugendliche, in der Regel sind es Männer, im Alter von zehn oder zwölf Jahren ihre Zukunft nur darin sehen, sich einer Bande anzuschließen. Es gibt keine anderen Möglichkeiten, es gibt keine gute Ausbildung. Viele werden Mitglied, und irgendwann merken sie, dass das ein Fehler war. Aber wenn das passiert, ist es meist schon zu spät.

In einer Ihrer Studien schreiben Sie: „La pandilla se convierte en una experiencia de vida totalizante“ – die Zugehörigkeit zu einer Jugendbande wird zu einer ganzheitlichen Lebenserfahrung. Was für eine Art von Leben ist das?
Wenn du Teil der Bande bist, machst du alles, was die Bande sagt. Die Gang ist dein Leben. Alles, was du tust, geschieht in ihrem Interesse. Die wirtschaftlichen Aktivitäten, die du ausübst, die Erpressung der Bevölkerung, der Verkauf von Drogen oder die Arbeit als „sicario“, als Auftragskiller, alles wird davon bestimmt. Und auch die Beziehungen, die du eingehst, werden von der Bande bestimmt. In vielen dieser Kommunen ist die Gang diejenige, die das Sagen hat. Die Institution, die für Sicherheit sorgt, ist nicht die Polizei, nicht der Staat, sondern einzig und allein die Straßenbande.

„Wenn du Teil der Bande bist, machst du alles, was die Bande sagt.“ Mutmaßliche Mitglieder einer Gang, der der Mord an drei Polizisten vorgeworfen wird. MARVIN RECINOS/AFP

Eine naive Frage: Wenn sich all diese Probleme häufen, warum reagieren die Regierungen dann nicht ernsthaft mit Präventionsarbeit?
Vorbeugende Maßnahmen brauchen Zeit. In die Gesellschaft zu investieren, kostet viel Geld. Man muss eine Generation lang warten, bis sich etwas ändert. Und die Politiker, insbesondere Nayib Bukele, wollen nicht so lange warten, bis sie Ergebnisse vorweisen können. Sie wollen sagen können: Hier sind die Veränderungen und das ist alles mein Verdienst. Es ist eine Politik à la Donald Trump.

Wohin führt das und was bleibt von der Demokratie in El Salvador?
Es ist sehr wenig übrig geblieben. Nayib Bukele kontrolliert als Präsident alle Institutionen: nicht nur die Exekutive, er kontrolliert auch die Nationalversammlung, den Kongress, die Justiz und alle lokalen Regierungen. Er ist dabei, ein autoritäres Regime aufzubauen. Wir haben zwar immer noch ein Wahlsystem, aber er manipuliert alle Gesetze und Institutionen, um sicherzustellen, dass die Menschen weiterhin für ihn stimmen werden. Das einzige, was er nicht kontrolliert, sind die unabhängigen Medien, die zunehmend unter Druck geraten, und einige Bereiche der Zivilgesellschaft wie Menschenrechtsorganisationen.

Als Nayib Bukele vergangenes Jahr Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel einführte, gab es in El Salvador heftigen Widerstand. Besteht immer noch die Möglichkeit, dass die Menschen wieder größere Proteste starten werden?
Ja, vor allem, wenn das Land in eine wirtschaftliche Rezession gerät. Viele Fachleute sagen voraus, dass es dazu kommen wird. Vielleicht nicht nächstes Jahr, vielleicht 2024. Bukele setzt alles daran, dass eine solche Rezession die Menschen nicht vor den nächsten Wahlen 2024 trifft.

INTERVIEW: JAKOB MAURER

DAS BITCOIN-WAGNIS

Die wirtschaftliche Lage ist neben der Kriminalität das wichtigste Thema für die Menschen in El Salvador. Hielten es im Juni 2020 knapp 18 Prozent der Befragten laut einer repräsentativen Umfrage für das drängendste Problem, sind es im Sommer 2022 schon fast 44 Prozent. Die Kriminalität ist nur einen Prozentpunkt höher eingestuft. Vor allem die steigenden Lebenskosten sind im mittelamerikanischen Land für viele belastend.

Die Einführung der Kryptowährung Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel sollte vor fast genau einem Jahr Präsident Bukeles ökonomischer Befreiungsschlag werden. Doch obwohl er mehr finanzpolitische Unabhängigkeit versprach sowie das Wegfallen hoher Kosten für Überweisungen an Angehörige im Ausland, kam es am Nationalfeiertag, dem 15. September, zu Massenprotesten.

Nach El Salvadors Bitcoin-Gesetz müssen alle Betriebe, die technisch dazu in der Lage sind, die Kryptowährung annehmen. Auch Steuern können in Bitcoin bezahlt werden. Doch eine Umfrage der salvadorianischen Industrie- und Handelskammer ergab nun, dass nur 14 Prozent der Unternehmen des Landes seit der Einführung Transaktionen mit Bitcoin getätigt haben und nur 3 Prozent einen kommerziellen Wert darin sehen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat El Salvador eindringlich dazu aufgefordert, den Status der Kryptowährung Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel zu widerrufen. Andernfalls drohen laut IWF „erhebliche Risiken für die Finanzstabilität, die finanzielle Integrität und den Verbraucherschutz“. Im Vergleich zum Vorjahr hat Bitcoin aktuell rund 15 Prozent an Wert verloren. jjm

„Er ist dabei, ein autoritäres Regime aufzubauen.“ Präsident Nayib Bukele. RECINOS/AFP

HINGESCHAUT
IM SCHATTEN DES KRIEGES
FR.de/imschatten

ZUR SERIE

Die vergessenen Konflikte: In dieser Serie lenken wir den Blick auf Regionen und Länder, die im Schatten stehen, in denen Mächtige gezielt unter dem Radar agieren und für sich ausnutzen, dass der Fokus der Weltöffentlichkeit auf dem Krieg in der Ukraine liegt. Sie treiben Krisen voran, schüren Missstände, schränken Menschenrechte ein.

In der elften Folge am Montag, 29. August, schildert Felix Lill , wie der neue philippinische Präsident Ferdinand Marcos Junior die brutale Anti-Drogen-Politik seines Vorgängers fortsetzt.